

Erst reformieren, dann rehabilitieren

Belgrad hat den Kriegszustand aufgehoben. Dazu gehörten seit dem 24. März die Militärzensur, das Reiseverbot für Männer im wehrpflichtigen Alter, die Unterdrückung von Demonstrationen und Protesten. Daß damit Schluß sein soll, klingt wunderbar – nach der Rückkehr in den Normalzustand einer liberalen Demokratie. Bloß gab es solch himmlische Verhältnisse schon vor dem 24. März nicht. Serbien, das war (und ist) eine Art – mit einem Despoten an der Spitze, der zwar formal von Parlament und Gerichtsbarkeit flankiert war, aber in Wahrheit herrschen konnte, wie es ihm gefiel.

Einwand: Gab es nicht im Winter 1996/97 die großen Demonstrationen in Belgrad? Richtig, aber keiner der Aufmüpfigen hat damals die Kosovo-Politik von Milosevic angegriffen. Im Gegenteil: An der Grenze zum kujonierten Kosovo hörte alle Opposition auf, waren alle La-

ger im gemeinsamen Chauvinismus vereint, haben gerade die Anti-Milosevic-Kräfte nationale Zuverlässigkeit durch Albaner-Haß beweisen müssen.

Wird sich das nach dem verlorenen Krieg ändern? Leider ist nicht allein „Slobo“ das Problem, sondern auch ein Volk, das in der Kosovo-Frage fest an seiner Seite stand. Deshalb darf man die Aufhebung des Kriegszustandes nicht als neue Morgenröte feiern. Es geht Belgrad um die Rückkehr in die UN, die Aufhebung der Sanktionen, die Wiederaufnahme der Beziehungen zum Westen – um Rehabilitation ohne Reform. Die Dinge sollen sich ein wenig ändern, damit alles beim alten bleibt. Umso mehr Grund für den Westen, genau hinzusehen. Ist die Presse wirklich frei? Ist die Opposition echt? Sonst dient alle Hilfe nur der Stützung des alten Regimes, das Europa seit zehn Jahren ins Unglück treibt. jj